

Beim Shantykonzert im Bürger- und Sozialzentrum Huchting am nächsten Sonntag soll nicht nur „eine frische Meeresbrise aus maritimen Melodien erklingen“, die Gäste

werden angeblich auch „mit humorvollen Moderationen zwischen den Liedern schmunzelnd unterhalten.“ Verschmitzt schmunzelt auch die Sonne **bei 15 bis 25 Grad**

Bitteres Ende einer Kulturstätte

Was hier geschieht, freut den Bau-senator. Denn der Abriss des ehemaligen Concordia-Theaters soll Platz schaffen für neue Wohnungen. „Ideal“ angesichts der Wohnungsnot findet das der Sprecher von Bausenator Joachim Lohse (Grüne). Wie ideal das Wohnen direkt an der Bahntrasse und an der Schwachhauser Heerstraße ist, darüber lässt sich freilich streiten – und auch darüber, ob man ein Stück Bremer Kulturgeschichte einfach so plattmachen darf. Rechtlich jedenfalls darf man's: Das Haus steht nicht unter Denkmalschutz. Schade ist es dennoch: 1851 begann in dem ehemaligen Eisenbahn-pavillon der Betrieb mit Gartenkonzerten, nach dem Zweiten Weltkrieg befand sich im Concordia ein Kino und seit den siebziger Jahren bis 2007 war es Studiobühne des Bremer Theaters und Hausbühne des Tanztheaters. Rainer Werner Fassbinder arbeitete dort, George Tabori richtete dort sein Theaterlabor ein. 2011 nutzte die Bremer Shakespeare Company die Spielstätte, während das Theater am Leibnizplatz umgebaut wurde. Aber: Das Concordia war schon damals so marode, dass über einen Abriss gesprochen wurde. Und nun ist es soweit. 60 Studierendappartements sollen hier entstehen und in einem Jahr bezugsfertig werden.



Foto: Michael Behilo

IN ALLER KÜRZE

Linke: Elterngeldkrise bleibt

„Alles andere als zufriedenstellend“ seien die Antworten von Sozialsenatorin Anja Stahmann (Die Grünen) auf die Nachfragen nach Verzögerungen bei der Bearbeitung von Elterngeldanträgen, sagte am Freitag die kinderpolitische Sprecherin der Links-Fraktion Sofia Leonidakis. Danach hätten aktuell 2.113 Eltern noch kein Geld auf ihrem Konto. „Die Bearbeitungsdauer liegt bei zehn bis zwölf Wochen. Das ist für eine existenziell notwendige Leistung viel zu lange.“ Die vier geplanten zusätzlichen Stellen in der Verwaltung seien ein Plus von 22,5 Prozent. „Das reicht nicht: Mit 16 Personalvollzeitstellen und einer durchschnittlichen Bearbeitungs-dauer von 75 Minuten pro Antrag dauert es länger als einen Monat, um den Antrags-staub abzuarbeiten – die Bearbeitung neu eingehender Anträge nicht eingerechnet“, rechnet Leonidakis vor. Für nicht sinnvoll hält sie den von Stahmann vorgeschlagenen Überbrückungskredit bei der Bremer Aufbau-Bank. „Das erzeugt doppelten und dreifachen Bürokratieaufwand – denn hinterher muss ja noch abgerechnet werden.“ Sie schlägt vor, Eltern die Möglichkeit einzuräumen, bereits einen Monat vor dem Geburtstermin alle Unterlagen zur Bearbeitung einzureichen. „Dann könnte die Geburtsbescheinigung nachgereicht und das Elterngeld sofort ausbezahlt werden.“ Im Moment schicke die Elterngeldstelle Voranträge wieder an die Eltern zurück. (taz)

SPD: Günthner muss weg

Die FDP versuche, „billige Vorurteile zu bedienen“, empörte sich am Freitag der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion,

Andreas Kottisch. Anlass war die öffentlich geäußerte Kritik der FDP an zu vielen Auslandsreisen von Wirtschafts-senator Martin Günthner. Dieser sei seit 2014 an 80 Tagen dienstlich im Ausland unterwegs gewesen, so Kottisch. „Sich um internationale Wirtschaftskontakte zu bemühen, ist schlicht der Job des Wirtschafts-senators.“ Kottisch erinnerte die FDP daran, dass sie im Februar Günthners Absage einer Reise in den Iran als „völlig unverständlich“ bezeichnet hatte. (taz)

Bremer häufiger krank

Nach einer Auswertung der Krankenversicherung Barmer GEK ist der Krankenstand bei Bremens ArbeitnehmerInnen leicht angestiegen. 2015 hätten sich an einem Arbeitstag durchschnittlich 4,32 Prozent der Erwerbstätigen arbeitsunfähig gemeldet, teilte die Kasse jetzt mit. Ein Jahr zuvor seien es 4,25 Prozent gewesen. Insgesamt fehlten die Bremer Erwerbstätigen 2015 15,8 Arbeitstage, bundesweit seien es 17,8 Tage gewesen. (faz)

Haus und Grund will Vormieten nicht offen legen

Die geplante Verschärfung der Mietpreisbremse kritisierte am Freitag der Immobilienbesitzer-Verband „Haus und Grund“. Dass SPD und CDU Vermieter dazu verpflichten wollen, die Vormiete bekannt zu geben, sei eine „Diskreditierung von Vermietern“ zu Wahlkampfzwecken. Die in Bremen flächendeckend geltende Mietpreisbremse sei nicht anwendbar und verschärfe das Problem sogar noch, behauptete Ingmar Vergau, Geschäftsführer von Haus und Grund Bremen. Besser wäre ein Mietspiegel sowie der Neubau „von einfacheren Wohnungen“. (faz)

Einfach schwimmen in Horn

VON KAROLINA MEYER-SCHLIF

Der erste Planentwurf für die Neugestaltung des Horner Bades wird am Dienstag im Ortssamt Horn-Lehe vorgestellt. Senatorin Anja Stahmann, Ortsamtsleiterin Inga Köstner und die Chef-in der Bremer Bäder Martina Baden stellen sich dabei den Fragen der BürgerInnen.

Pünktlich zu diesem Termin mobilisiert die Bürgerinitiative „Rettet das Unibad“ noch einmal Fans der Schwimmhalle. Seit etwa einem Monat ist das Unibad wieder in Betrieb – zumindest vorübergehend. Denn saniert wurde in dem maroden Bad nur das Aller-nötigste, um den Badebetrieb bis zur Fertigstellung der geplanten Neuen und Umbauten zu gewährleisten: Insgesamt 1,1 Millionen Euro wurde in die Lüftungsanlage investiert, die von einem Schimmelpilz befallen war.

Derzeit befindet sich wieder einmal eine Petition in der Mitteilungsphase, noch bis zum 12. September kann für den dauerhaften Erhalt und die Sanierung des Unibads unterschrieben werden. Der Widerstand gegen die Pläne des Senats scheint jedoch zu bröckeln: Während die erste Petition zur Sanierung des Unibads vor vier Jahren von fast 2000 Personen unterstützt wurde, haben den neuen Anlauf bislang nur 700 Personen unterzeichnet.

Ein Sprecher der Initiative, Raymond Krieger, fordert nun in einem offenen Brief alle Interessierten zur Teilnahme an der Sitzung auf.

„Dabei scheint mit dem Bremer Bäderkonzept, das seit 2014 auf dem Tisch liegt und die endgültige Schließung des Unibads vorsieht, eigentlich schon alles

SPORTBAD

Während das vom Schimmelpilz befreite Unibad ein flüchtiges Comeback feiert, werden jetzt Entwürfe für seinen Nachfolger in Horn vorgestellt

gelaufen. „Wir sagen: Das kann nicht sein“, sagt Krieger. Nach Ansicht der Bürgerinitiative arbeitet der Senat mit falschen Zahlen. „Die Sanierung des Unibads soll angeblich 18 Millionen kosten – nach unseren Berechnungen kriegt man die Sanierung aber mit zehn Millionen Euro hin. Das will nur keiner hören.“

Sein Vorwurf: Erst lasse man jahrelang alles verrotten, bis der Investitionsstau so hoch sei, dass sich eine Sanierung angeblich nicht mehr lohne.

Die Planung für den Neubau in Horn steht indessen: Ab Mitte 2017 soll der erste Spatenstich erfolgen, gerechnet wird mit etwa einem Jahr Bauzeit. Das ebenfalls stark sanierungsbedürftige Freibad Horn wird um etwa die Hälfte verkleinert. So wird Platz geschaffen für den Ersatzbau des Unibads, der auf dem Gelände in Horn errichtet werden soll.

Hier haben sich die Beteiligten auf die in den Niederlanden erprobte „Simply Swimming“-Variante geeinigt: Sechs 50-Meter-Bahnen, ein Aufwärmraum, fertig, Sauna, Sprungturm, Tribünen und Ruhe-zonen fallen weg.

Mit dieser Minimal-Ausstattung wird zwar den Trainings-erfordernissen der Leistungsschwimmer Rechnung getragen, Wettbewerbe können im neuen Bad aufgrund der fehlenden Zuschauertribünen jedoch nicht mehr ausgetragen werden. Die Turmspringer, Taucher und Wasserballspieler sollen künftig im Westbad trainieren, das ebenfalls grundsaniert werden muss.

Und was wird nun aus dem Unibad? „Das wird mit gutem Willen noch dreieinhalb Jahre

in Betrieb sein, bis eben das neue Bad in Horn fertig ist“, sagt Hans-Joachim Orlok, Dezernent für technischen Betrieb und Bauangelegenheiten an der Bremer Uni. „Die Uni braucht das Bad nicht, und wir überlegen jetzt, wie eine Nachnutzung aussehen könnte.“ Entschieden ist dabei noch nichts, doch von einem Abriss, der laut Bäderkonzept etwa 500.000 Euro kosten könnte, ist momentan nicht mehr die Rede. „Es gibt die Überlegung, ein Gerätezentrum einzurichten“, sagt Orlok. „Da könnte wissenschaftliches Großgerät aus verschiedenen Fachbereichen untergebracht werden und mit einer Art „Geräte-Sharing“ genutzt werden.“

Ob die baulichen Gegebenheiten dazu überhaupt vorhanden sind und wie viel der Umbau kosten würde, ist allerdings noch völlig unklar. „Der nächste Schritt wird das Erstellen von Machbarkeitsstudien sein, so richtig in der Tiefe durchdacht ist das noch nichts.“

Raymond Krieger von der Bürgerinitiative „Rettet das Unibad“ hingegen gibt nicht auf: „Senator Mäurer damals wollte das Unibad erst erhalten“, beschrieb er das langjährige Hin und Her. Dann wurde der kalkulierte Kostenrahmen von zunächst zehn auf 18 Millionen korrigiert, womit das Aus fürs Unibad auch für Senator Mäurer feststand. „Plötzlich war alles anders, und dann kam Anja Stahmann. Aber bis das neue Bad wirklich fertig ist, haben wir vielleicht wieder einen neuen Senat – und wer weiß, was dann ist!“

■ Vorstellung des Planentwurfs: 13. September, 18 Uhr, Wilhelm-Focke-Oberschule